

Sammelrez: Kernkraft, Gesellschaft und Demokratie in den 1970er- und 1980er-Jahren

Gaumer, Janine: *Wackersdorf. Atomkraft und Demokratie in der Bundesrepublik 1980–1989*. München: Oekom Verlag 2018. ISBN: 978-3-96238-073-1; 368 S.

Schramm, Luise: *Evangelische Kirche und Anti-AKW-Bewegung. Das Beispiel der Hamburger Initiative kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion im Konflikt um das AKW Brokdorf 1976–1981*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018. ISBN: 978-3-525-55792-1; 452 S.

Rezensiert von: Jan-Henrik Meyer, Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte / Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Die großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über Atomenergie in der Bundesrepublik Deutschland begannen mit der Bauplatzbesetzung des geplanten Atomkraftwerks (AKW) Wyhl 1975 und den von Gewalt überschatteten Großdemonstrationen in Brokdorf 1976/77. Gut 40 Jahre danach haben diese prägenden Konflikte in der Zeit-, Umwelt- und Technikgeschichte einen festen Platz.¹ Bereits 2001 erklärten die Herausgeber der „Deutschen Erinnerungsorte“ Wyhl zu einem *lieu de mémoire*.² Nun, zum 40-jährigen Jubiläum von Gorleben-Treck und Harrisburg-Unfall, nehmen sich auch Museen des Themas an: Im Historischen Museum Hannover und im Kreishaus Lüchow finden derzeit recht gelungene Gedenk-Ausstellungen statt.³ Das Kino widmet sich ebenfalls einem der zentralen Schauplätze: Im Herbst 2018 lief der sehenswerte, mit dokumentarischen Sequenzen angereicherte Spielfilm „Wackersdorf“.⁴

Der Bau des Gorlebener Endlagers für radioaktive Abfälle war Voraussetzung für den seit 1977 gerichtlich unterbrochenen Weiterbau des niederelbischen Kernkraftwerks Brokdorf, das noch nach dem Tschernobyl-Unfall von 1986 ans Netz ging. Gegen Brokdorf protestierten die kirchlichen Mitarbeiter/innen in Hamburg und Schleswig-Holstein, die Luise Schramm in ihrem Buch *Evangelische Kirche und Anti-*

AKW-Bewegung untersucht. Den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstäbe in Gorleben hielt der niedersächsischen Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) für politisch nicht durchsetzbar – seit der Nachricht vom Unfall im Kernkraftwerk Three Mile Island bei Harrisburg am 28. März 1979 und der Großdemonstration in Hannover am 31. März zum Abschluss des Gorleben-Trecks.⁵ Daraufhin versuchte der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, den niedersächsischen Unionskollegen zu beweisen, dass die CSU in der Lage sei, eine Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Bayern errichten zu lassen. Der Bevölkerung der vom Ende des Kohlebergbaus gezeichneten Oberpfalz präsentierte die Staatsregierung die WAA als regionalen Jobmotor. „Wackersdorf“, das zum Schauplatz großer und teils gewalttätiger Proteste wurde, ist Thema und Titel des Buches von Janine Gaumer. Vor nunmehr 30 Jahren, im April 1989, wurde das Projekt WAA von den

¹ Siehe u. a. Ute Hasenöhl, *Zivilgesellschaft und Protest. Eine Geschichte der Naturschutz- und Umweltbewegung in Bayern 1945–1980*, Göttingen 2011, S. 400–471; Andrew Tompkins, *Better Active than Radioactive! Anti-Nuclear Protests in 1970s France and West Germany*, Oxford 2016; Stephen Milder, *Greening Democracy. The Anti-Nuclear Movement and Political Environmentalism in West Germany and Beyond, 1968–1983*, Cambridge 2017; Dolores L. Augustine, *Taking on Technocracy. Nuclear Power in Germany, 1945 to the Present*, New York 2018. Siehe auch das im Februar 2019 zu Ende gegangene vergleichende Forschungsprojekt „HoNESt – History of Nuclear Energy and Society“, an dem der Rezensent beteiligt war: <http://www.honest2020.eu> (30.05.2019).

² Bernd-A. Rusinek, Wyhl, in: Etienne François / Hagen Schulze (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. 2, München 2001, S. 652–666.

³ „Trecker nach Hannover. Gorleben und die Bewegung zum Atomausstieg“, Ausstellung im Historischen Museum Hannover, 27.03.–28.07.2019, <https://www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Museen-Ausstellungen/Museumsführer/Top-Museen/Historisches-Museum-Hannover/Sonderausstellungen/Trecker-nach-Hannover> (30.05.2019); „Der Gorleben-Treck. 40 Jahre danach“, Ausstellung des Gorleben-Archivs im Kreishaus Lüchow, 01.04.–30.06.2019, https://www.luechow-dannenberg.de/desktopdefault.aspx/tabid-161/173_read-4764/ (30.05.2019).

⁴ „Wackersdorf. Wehrt Euch, leistet Widerstand!“, Regie: Oliver Haffner, <http://www.wackersdorf-film.de> (30.05.2019).

⁵ Vgl. Frank Bösch, *Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann*, München 2019, S. 333–362.

privatwirtschaftlichen Betreibern schließlich aufgegeben. Brokdorf soll Ende 2021 vom Netz gehen. Die Endlagersuche allerdings geht weiter, der Standort Gorleben ist hierbei nicht ausgeschlossen. Die Erinnerung an die früheren Atomkonflikte ist damit von bleibender Aktualität.

Schramm und Gaumer präsentieren gründliche Fallstudien zu zwei zentralen Schauplätzen der Auseinandersetzung. Auch mit der Wahl ihrer thematischen Schwerpunkte – wie Expertenwissen, Diskursen, der Rolle von Religion und dem Fokus auf soziale Bewegungen – leisten sie wichtige Beiträge zur (alt-)bundesdeutschen Gesellschaftsgeschichte der Atomkraftkontroverse. Die historische Forschung hat sich bisher vor allem auf das badische Wyhl und seine transnationale Verflechtung konzentriert, Brokdorf dagegen vor allem im Hinblick auf die Gewalterfahrung und als Anlass für das erste Verfassungsgerichtsurteil zur Versammlungsfreiheit thematisiert.⁶ Die genauere Betrachtung der Brokdorf-Ereignisse und der gescheiterten Wiederaufbereitungslage in Bayern gibt Aufschluss über Veränderungen des Konflikts von den späten 1970er-Jahren bis zum Ende der 1980er-Jahre. Anders als die Studien zu Wyhl handelt es sich um rein (west-)deutsche Geschichten ohne transnationale Bezüge. Inwieweit diese in den 1980er-Jahren weniger bedeutsam waren, muss daher offen bleiben.

Beide Bände widmen sich vor allem den Akteuren aus der Anti-Atom-Bewegung. In ihrer bereits 2013 an der Universität Leipzig abgeschlossenen, aber erst 2018 veröffentlichten theologischen Dissertation betrachtet Schramm die Rolle kirchlicher Protestakteure, nämlich der „Hamburger Initiative kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion“ (HIkMuGA), die aus Pastoren und Laien bestand. Dabei reicht der Betrachtungszeitraum in einem Ausblick bis in die Zeit nach Tschernobyl. Dagegen versucht die 2017 an der Universität Jena verteidigte geschichtswissenschaftliche Dissertation von Janine Gaumer, die gesamte Geschichte des Konflikts um „Wackersdorf“ darzustellen. Aber auch in ihrer Analyse steht die Region im Zentrum, also die Rolle der Anti-Atom-Bewegung in der Oberpfalz.

Beide Arbeiten verwenden Quellen aus

einer Vielzahl von kirchlichen und Bewegungsarchiven, privaten Beständen und Oral-History-Interviews, deren Aussagekraft die Autorinnen methodisch-kritisch reflektieren. Bei Gaumer kommen noch staatliche und Parteiarchive sowie Medienquellen hinzu. Disziplinär verortet sich Schramm in der „kirchlichen Zeitgeschichte“ (S. 12), an der Schnittstelle zwischen Kirchen- und Gesellschaftsgeschichte. Gaumer will einen Beitrag zur historischen Bewegungsforschung und der Debatte um die Zivilgesellschaft leisten. Konzeptionell ist sie dabei reflektierter als Schramm; sie problematisiert „neue soziale Bewegungen“ als zeitgenössische „Eigenbezeichnung“, ebenso wie die Zeitdiagnose „Wertewandel“. Gaumer interessiert sich für die Schwierigkeiten der verschiedenen Gruppen, in der Bewegung zusammenzuarbeiten, und für die Rolle konkurrierenden Wissens in der Auseinandersetzung.

Gaumer und Schramm verstehen die Anti-Atom-Bewegung als Indiz und Motor gesellschaftlichen Wandels. Gaumers Arbeit zielt darauf, Ulrich Herberts These der ursprünglich bereits von Jürgen Habermas postulierten „Fundamentalliberalisierung“ der Bundesrepublik zu überprüfen (S. 13). Zentrale Indikatoren des Wandels sind für beide Autorinnen – wie jüngst auch für Dolores Augustine und Stephen Milder⁷ – die sich verändernden Erwartungen an Demokratie: Wie wurde der Anspruch auf mehr Partizipation in einer „rechtsstaatlichen Demokratie“ ausgehandelt (Gaumer, S. 17)? Kritiker der Atomkraft aus Kirche und Zivilgesellschaft wehrten sich gegen staatlich-autoritär in Genehmigungsverfahren durchgesetzte Standort- und Technikentscheidungen; sie forderten demokratische Mitsprache „jenseits parlamentarischer und juristischer Stellvertreterwege“ (Schramm, S. 365).

⁶ Jan-Henrik Meyer, „Where do we go from Wyhl?“. Transnational Anti-Nuclear Protest targeting European and International Organizations in the 1970s, in: *Historical Social Research* 39/1 (2014), S. 212–235, <https://doi.org/10.12759/hsr.39.2014.1.212-235> (30.05.2019); Tompkins, *Better Active*; Milder, *Greening Democracy*; Anselm Doering-Manteuffel / Bernd Greiner / Oliver Lepsius, *Der Brokdorf-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 1985*, Tübingen 2015.

⁷ Milder, *Greening Democracy*; Augustine, *Taking on Technocracy*.

Beide Studien bieten chronologisch gegliederte Narrative, die Aufstieg, Krisen und Niedergang betrachten. Mit zwei einleitenden Kapiteln führt Schramm in Forschungsstand, Konzept und Quellen ein. Sie gibt Kontextinformationen zu HlKMuGA, Anti-AKW-Bewegung und Brokdorf-Konflikt sowie zur 1977 neugegründeten nordelbischen Kirche. Der Überblick zur sogenannten „Linkspolisierung“ ist leider so verkürzt, dass teils nicht klar wird, was genau Konfliktgegenstand war.

Schramm unterscheidet zur Kapitelgliederung vier Phasen des Konflikts um Brokdorf – zwei „heiße Phasen“, auf die jeweils eine „latente Phase“ folgte. Die erste „heiße Phase“ umfasst die Demonstrationen 1976/77 rund um die versuchten Bauplatzbesetzungen. Bei diesen traten Pastoren symbolstark im Talar auf und sahen sich nachfolgend innerkirchlichen Sanktionen gegenüber, die im liberalen Hamburg weniger gravierend ausfielen als in der konservativeren, traditionell staatsnahen schleswig-holsteinischen Kirche. Im Februar 1977 gründete sich schließlich die HlKMuGA. Ein hier eingeschobenes Kapitel, das Strukturen der Gruppe, ihren Aufbau, ihre Haltung zur Gewalt und die ihr zugrundeliegenden Theologien beschreibt, hätte besser vorangestellt werden sollen.

Nach dem gerichtlich verfügten Brokdorf-Baustopp im Februar 1977 begann für die HlKMuGA die „latente Phase“ des Konflikts mit Aktivitäten wie Stromzahlungsboykott, Präsenz in der Gemeindearbeit und auf dem von der Friedensbewegung geprägten Deutschen Evangelischen Kirchentag 1981 in Hamburg. Besonders kontrovers war die Besetzung der Hamburger St. Petri-Kirche, die strafrechtlich verfolgten Grohndedegnern Asyl bot. All dies blieb nicht ohne Eindruck auf die Kirchenleitung, die nun einen hauptamtlichen Umweltbeauftragten ernannte.

Die zweite „heiße Phase“ begann im Februar 1981 nach ersten Probebohrungen in Gorleben und der Aufhebung des Baustopps für Brokdorf. HlKMuGA-Pastoren beteiligten sich nunmehr ohne Talar, aber gegen die Empfehlung der Amtskirche an den verbotenen Demonstrationen und setzten sich für gewaltfreien Protest ein. Organisatorisch gingen

die Aktivitäten der sich auflösenden HlKMuGA in die Friedensbewegung über, ab 1985 getragen von der Initiative „Solidarische Kirche“. Die Tschernobyl-Katastrophe im April 1986 und die bevorstehende Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Brokdorf entzündeten die Proteste in der Wilstermarsch erneut. Bemerkenswerterweise intervenierte die Kirchenleitung gegenüber den teilnehmenden Pastoren härter als 1981.

Auch Gaumers Darstellung ist gegliedert in eine Vorgeschichte, die Formierung von Konfliktlinien, den gewaltüberschatteten Höhepunkt, den Niedergang der Bewegung trotz Erfolgs und eine Nachgeschichte. Die Autorin kontextualisiert ihre spannend zu lesende Analyse sehr umfassend, sowohl in der Einleitung als auch jeweils in den Kapiteln, in denen sie Wechselbezüge zu Wylh und Gorleben sowie zur Frankfurter Startbahn West und dem West-Berliner 1. Mai verdeutlicht. Gaumer trägt außerdem zur Diskussion über die Platzierung kerntechnischer Anlagen an nationalen Grenzen bei⁸, indem sie die besonderen ökonomischen Bedingungen der Oberpfalz als „Grenzregion“ (S. 48) des Kalten Krieges erörtert. In den Augen der Bayerischen Staatsregierung sollte der Standort die Akzeptanz der Großinvestition erhöhen, die katholisch-ländliche Prägung das Protestpotential reduzieren.

Gaumer zeigt, dass die inzwischen gezogenen Lehren aus den Protest-Erfahrungen der 1970er-Jahre wie Brandbeschleuniger auf die Konflikte der 1980er-Jahre wirkten. Zwei Konzepte von Staat und Demokratie prallten aufeinander: Für die CSU – wie auch für die CDU in Schleswig-Holstein – war staatliche Durchsetzungsfähigkeit Garant und Kennzeichen von repräsentativer Demokratie, im Kontrast zur unter Konservativen seit den 1970er-Jahren viel gefürchteten „Unregierbarkeit“. So galt der CSU das Gorleben-Hearing als abschreckendes Beispiel. Das führte im Regierungshandeln zu einer bewussten Begrenzung von Partizipationsmöglichkeiten. Nicht nur die oppositionelle bayerische SPD kritisierte eine solche Politik. Bei der sich grün-

⁸ Vgl. Journal for the History of Environment and Society 3 (2018): Sitting Nuclear Installations at the Border, hrsg. von Arne Kaijser und Jan-Henrik Meyer, <https://www.brepolonline.net/toc/jhes/2018/3> (30.05.2019).

denden Bürgerinitiative gab es klare demokratische Partizipationserwartungen. Auch das explizite Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit – das ja bei der HlKMuGA ebenfalls schon im Namen steckte – bereits bei Gründung der Bürgerinitiative Schwandorf gehörte zu den Lektionen aus vorangegangenen Konflikten sowie zur selbstlegitimierenden Rhetorik (Gaumer, S. 69, 329). Die vielbeschworene „Bodenständigkeit“ und die – auch aus Wyhl und dem Wendland bekannte – Mobilisierung regionaler Identitäten gegen die Landesregierung in der fernen Metropole dienten als Legitimationsressourcen in der Öffentlichkeit (Gaumer, S. 67).⁹

Bereits in der Planungsphase zeigten sich die Konfliktverläufe in der Auseinandersetzung um Experten in Genehmigungsverfahren, Risiko- und Sicherheitsdebatten sowie Partizipationsformen. Die lokale Opposition des zuständigen SPD-Landrats übergab die CSU kurzerhand durch eine Gesetzesänderung (Gaumer, S. 122). Wie in Wyhl und Gorleben gab es 1985 auch in Wackersdorf eine Bauplatzbesetzung mit Errichtung eines Hüttendorfs. Gaumer zeigt die gegensätzlichen Wahrnehmungen und Handlungsrationitäten beider Seiten. Das Ritual der Bauplatzbesetzung integrierte die verschiedenen beteiligten Gruppen und schuf ein Gemeinschaftsgefühl. Während vielen Protestierenden der auch unter Verweis auf die NS-Vergangenheit beschworene „Widerstand“¹⁰ gegen die Polizei legitim erschien, waren Besetzung und Blockaden aus Sicht der Staatsregierung strafbare Nötigung. Tatsächlich wurde diese Rechtsauffassung erst 1995 durch das Bundesverfassungsgericht geändert. Anders als in Brokdorf, wo Tschernobyl den eingeschlafenen Protest erneuerte, fiel die sowjetische Reaktorkatastrophe für Wackersdorf in die Phase eines ohnehin bereits aufgeheizten Konflikts und stachelte diesen weiter an. Gaumer gelingt es, hinter das zeitgenössische Schwarz-Weiß-Denken zu schauen, indem sie unveröffentlichte zeitgenössische Erfahrungsberichte von Polizisten auswertet, die einen kritischen Blick der Beamten auf die Einsatzleitung zeigten.

Protest gegen Wackersdorf äußerte sich auch in einer Vielzahl kultureller Ereignisse, wie dem seit 1982 stattfindenden „Anti-

WAAhnsinnsfestival“. Filmische Dokumentationen schufen Gegenöffentlichkeiten. Frauengruppen und die Kirchen spielten eine wichtige Rolle. In der überwiegend katholischen Oberpfalz waren es vor allem katholische Geistliche und Junge Gemeinde, aber auch evangelische Gruppen, die schöpfungstheologische Argumente anführten und einen ökumenischen Kreuzweg organisierten. Aggressiver noch als die schleswig-holsteinische Landesregierung kritisierte Ministerpräsident Strauß beide Kirchen für „unzulässige Politisierung“ (Gaumer, S. 205).

Nachdem es 1987 zu neuen Höhepunkten der Gewalt gekommen war, nahm der Protest ab. Die Bewegung verlegte sich auf eine „rechtliche Proteststrategie“ (Gaumer, S. 234) und war – trotz der Aufmerksamkeit durch Tschernobyl – schon im Niedergang begriffen, als nach Strauß' Tod im Herbst 1988 die Betreiber den Standort aufgaben, weil sich die Wiederaufbereitung im europäischen Ausland als rentabler und politisch weniger risikoreich darstellte.

Gaumer untersucht auch das Nachleben des Konflikts: Die versprochene Prosperität kam nun durch die Ansiedlung eines Automobilwerks in die Oberpfalz. Parteipolitisch war dies für die CSU sehr erfolgreich; sie löste die ehemals dominante SPD in der Region ab. Anders als der badische Oberrhein und Lüchow-Dannenberg, die beide bis heute Hochburgen der Grünen sind, etablierten sich ähnliche Strukturen weder an der Niederelbe noch in der Oberpfalz. Gaumer geht den Biographien der Aktivistinnen und Aktivisten weiter nach, deren Engagement sich teils in Zivilgesellschaft und Grüner Partei fortsetzte. Die Protestbeteiligten blieben dem

⁹ Vgl. Jan-Henrik Meyer, *Nature. From Protecting Regional Landscapes to Regionalist Self-Assertion in the Age of the Global Environment*, in: Xosé M. Núñez Seixas / Eric Storm (Hrsg.), *Regionalism and Modern Europe. Regional Identity Construction and Regional Movements from 1890 until the Present*, London 2019, S. 65–82.

¹⁰ Zum Topos des Widerstandes verweist Gaumer auf Schüring, den Schramm trotz der thematischen Überschneidung leider nicht mehr in der Forschungsstand und die Schlussfolgerungen aufgenommen hat: Michael Schüring, „Bekennen gegen den Atomstaat“. Die evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik und die Konflikte um die Atomenergie 1970–1990, Göttingen 2015.

Staat gegenüber so skeptisch, dass sich viele von ihnen dem Vorstoß widersetzen, die Akten der Schwandorfer Bürgerinitiative in das Oberpfälzer Staatsarchiv zu geben. Schließlich untersucht Gaumer die konfliktreiche Erinnerungspolitik um Wackersdorf.

Zusammen betrachtet geben beide Studien facettenreiche Einblicke in die uns zunehmend fremd erscheinende Kalte-Kriegs-Welt der Atomkraft-Konflikte der 1970er- und 1980er-Jahre als Laboratorien des sozialen Wandels, besonders im Hinblick auf gesellschaftliche Erwartungen an Demokratie. Schramm und Gaumer zeigen, dass die Fundamentalliberalisierung auch in den 1980er-Jahren noch erkämpft werden musste und keineswegs ein geradliniger Prozess war. Schramm arbeitet heraus, dass die heute selbstverständlich wirkende „Linkspolitisation“ vor allem der evangelischen Kirche gegen ein weithin konservatives kirchliches „Establishment“ erst durchgesetzt werden musste. Gaumer verweist nicht nur auf den autoritär-obrigkeitsstaatlichen Konsens in der CSU, sondern ebenso auf die polizeiliche und versammlungsrechtliche Nachrüstung der Bundesländer in Reaktion auf Brokdorf-Urteil und gewalttätigen Protest. Aktuell bleibt die Frage staatlicher Durchsetzungsmacht auch heute im Hinblick auf neue Polizeigesetze und elektronische Überwachungsmöglichkeiten.

Beide Bände erinnern zudem an die in der alten Bundesrepublik noch starke gesellschaftliche Prägekraft der Kirchen. Gaumer belegt, dass Geistliche und Laien beider Konfessionen im Protest gegen Wackersdorf aktiv waren (teils auch ökumenisch). So bildete sich bereits 1983 an der Universität Regensburg ein katholischer Arbeitskreis „Theologie und Kernenergie“. Einzelne Priester waren vor Ort aktiv – gegen den Willen des Regensburger Bischofs. An diesen als religiöse und moralische Autorität wiederum schrieben viele Katholiken, um ihn zur Stellungnahme gegen Wackersdorf aufzufordern, was den Bischof im Januar 1989 zu brieflicher Selbstkritik nötigte: „Ist der ‚Atombischof‘ eben doch nur ein ‚Kumpan der Mächtigen‘?“ (Gaumer, S. 260) Trotz allem gesellschaftlichen Wandel, den die Bewegung forderte und vorantrieb, nahm der Protest zugleich traditionelle katho-

lische Frömmigkeitsformen auf: So errichtete der genannte Arbeitskreis am Bauplatz ein Franziskus-Marterl (Gaumer, S. 139–144).

Beide Bücher seien zur Lektüre empfohlen. Sie korrigieren nicht zuletzt einen zentralen Mythos über die Umweltbewegung der 1980er-Jahre: Obwohl Tschernobyl in der Bundesrepublik stärker wirkte als anderswo¹¹, sollte die Bedeutung des Ereignisses nicht überschätzt werden.

HistLit 2019-2-176 / Jan-Henrik Meyer über Gaumer, Janine: *Wackersdorf. Atomkraft und Demokratie in der Bundesrepublik 1980–1989*. München 2018, in: H-Soz-Kult 14.06.2019.

HistLit 2019-2-176 / Jan-Henrik Meyer über Schramm, Luise: *Evangelische Kirche und Anti-AKW-Bewegung. Das Beispiel der Hamburger Initiative kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion im Konflikt um das AKW Brokdorf 1976–1981*. Göttingen 2018, in: H-Soz-Kult 14.06.2019.

¹¹ Vgl. Sophie Lange / Anastasia Surkov, Konferenzbericht: Tschernobyl – Wendepunkt oder Katalysator? Umweltpolitische Praxen, Strukturen, Wahrnehmungen im Wandel (1970er–1990er), 02./03.12.2016, Berlin, in: H-Soz-Kult, 15.02.2017, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6999> (30.05.2019).